



Foto: Angie Ehinger

Die NATO verlässt Afghanistan

WOFÜR 20 JAHRE KRIEG? WOFÜR SIND UNSERE SOLDATEN GEFALLEN?

US-Präsident Biden hat entschieden, dass der NATO-Einsatz in Afghanistan bis spätestens 11. September 2021 beendet wird. Bis Mitte Juli soll auch die Bundeswehr das Land am Hindukusch nach einem bald zwei Jahrzehnte währenden Kriegseinsatz verlassen. Haben die Taliban bald wieder freie Bahn für ihren Steinzeit-Islamismus in dieser geschundenen Region?

Allen diplomatischen Floskeln zum Trotz blieb den 30 NATO-Außen- und Verteidigungsministern gar nichts anderes übrig, als sich dem US-Vorgehen anzuschließen. „Gemeinsam rein, gemeinsam raus“ äußerte dazu Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer. Der Truppenabzug hat denn auch bereits begonnen.

10.000 NATO-Soldaten sind noch in Afghanistan stationiert, davon etwa 1.100 von der Bundeswehr. Der eigentliche Kampfeinsatz wurde bereits 2014 beendet. Seither lagen die vornehmlichen Aufgaben in der Unterstützung der Regierung durch Ausbildung von Sicherheitskräften sowie in der Beratung der afghanischen Armee im Kampf gegen die islamistischen Taliban. Um den Rückzug des Militärs mit tausenden Tonnen Material abzusichern, könnten vorübergehend zusätzliche Kampf- und Logistiktruppen eingesetzt werden.

Die US-Militärführung hatte von einem vollständigen und bedingungslosen Abzug abgeraten. Ein allmählicher Rückzug je nach Sicherheitslage hätte Einflussmöglichkeiten bei den laufenden „Friedensgesprächen“ der afghanischen Regierung mit den Taliban erhalten, so der Chef des zentralen US-Militärkommandos, General McKenzie. Er befürchtet den Zusammenbruch der afghanischen Armee, die werde sich ohne Unterstützung nicht behaupten können. Nachdem die archaischen Talibankämpfer wieder auf 50.000 Mann angewachsen sind, ist unschwer vorherzusagen, was nun – ähnlich der Sowjetarmee 1989 – droht: Dem Westen wird nach zwei Jahrzehnten Kriegseinsatz mit ein paar tausend Gefallenen eine bittere Lektion erteilt. Sie erinnert an die US-Niederlage in Vietnam: Deren Streitkräfte hatten trotz waffentechnischer Überlegenheit in einem brutalen Krieg keine Siegchance. Nach dem Abzug der Amerikaner übernahmen die Vietcong die Macht im Lande.

Uneingeschränkte Solidarität

Zurück zum Ausgangspunkt. Unter dem Eindruck der Terroranschläge des 11. September 2001 traf die rot-grüne

Schröder-Regierung die Entscheidung, sich mit einem Bundeswehrrkontingent am Krieg gegen den Terror zu beteiligen. Die ersten deutschen Soldaten landeten am 2. Januar 2002 in Kabul. Niemand wird sich damals vorgestellt haben, dass deutsche Truppen dort über zwei Jahrzehnte stationiert sein werden. Eine Bilanz dieses größten Kriegseinsatzes deutscher Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg ist daher überfällig. Ob Krieg nun im Rahmen einer „Koalition der Willigen“, oder im Rahmen einer Militärallianz wie der NATO geführt wird: Jede Nation wird sich selbst die Karten legen müssen um zu klären, was aus den ursprünglichen Zielen geworden ist. Das erwarten mit Recht nicht nur die Angehörigen der Getöteten, sondern auch die Kriegsversehrten und Traumatisierten. Etwa 160.000 Bundeswehr-Soldaten wurden für jeweils vier bis sechs Monate nach Afghanistan geschickt. In den gefährlichsten Jahren um 2010 waren zeitweise mehr als 5.000 Bundeswehrangehörige im Einsatz. Gefechte mit den aufständischen Taliban waren zu bestehen, weitere Zinksärge mussten in die Heimat transportiert werden. Die Bundeswehr ist damit erwachsen geworden, heißt es beschönigend. Auch der deutsche Steuerzahler hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wofür die über 15 Milliarden Euro einschließlich Entwicklungshilfe etwa für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Brücken ausgegeben worden sind.

Eine realistische Vorstellung hatte die Bundesregierung 2001 weder von der Dauer des Einsatzes, noch von den bevorstehenden Herausforderungen. Ein Blick in die afghanische Geschichte hätte genügt, um zu erkennen, dass dieses Land nicht mit bewaffneter Hilfeleistung zu befrieden ist. Deutschland hatte sich im so genannten Petersberg-Prozess engagiert: Über eine Beteiligung der verschiedenen Volksgruppen in Konferenzen sollte eine Übergangsregierung und eine verfassungsgemäße Ordnung etabliert werden, Recht und Gesetz sollte im Gegensatz zum islamischen Fundamentalismus des Taliban-Regimes Geltung verschafft werden.

Zeitsprung: „Die Bundeswehr verlässt Afghanistan mit Stolz. Unsere Soldaten haben alle Aufträge erfüllt, die das Parlament ihnen gegeben hat“, so unlängst Ministerin Kramp-Karrenbauer. In Anbetracht der Ergebnisse ist die Frage zu stellen, von welchen Aufträgen die Ministerin spricht und welche Ziele von wem verfolgt wurden. US-Präsident George W. Bush hatte unter anderem das Taliban-Regime in Afghanistan unter Mitwirkung von

Osama bin Ladens Al-Qaida für die Terroranschläge des 11. September haftbar gemacht. Nach einem nicht erfüllten Ultimatum zur Auslieferung führender Mitglieder begann der Krieg gegen den Terror. Mit dem schlechten Gewissen im Hintergrund, dass drei der September-Attentäter zuvor unbehelligt in Hamburg gelebt hatten, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder den Vereinigten Staaten die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zu.

US-Hegemonie

Die NATO-Bündnissolidarität hätte nach dem Schock des 11. September unbestritten kein Beiseitestehen Deutschlands erlaubt. Die Bundeswehr saß damit unversehens im Boot der Amerikaner. Diese waren allerdings unabhängig davon auf dem Weg, als selbst erklärte „einzige Weltmacht“ (Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Nationaler US-Sicherheitsberater) die politische Landschaft im Nahen und Mittleren Osten umzugestalten. Der 11. September erwies dem weltweiten US-Hegemonialanspruch den höchst fragwürdigen Dienst einer Begründung für den Einmarsch in Afghanistan (und 2003 in den Irak). Die Deutschen waren mit an Bord, allerdings ohne eigenen Fahrplan. Außer den hehren Wünschen nach Ausschaltung der früher von den USA unterstützten Mudschaheddin gab es keine festen Ziele, anhand derer die eigene Mitwirkung gemessen werden konnte. Schöne Worte von Mädchenschulen und einer Verringerung der Säuglingssterblichkeit können nicht über die fehlende Strategie hinwegtäuschen. Und so stolperte man im NATO-Convoi von einer Mission in die nächste, mehr oder weniger am Gängelband der Amerikaner.

„Es ist Zeit, Amerikas längsten Krieg zu beenden“, beschied nun US-Präsident Biden. Die USA hätten verhindert, dass Afghanistan wieder Ausgangspunkt für Terroranschläge gegen die Vereinigten Staaten werde. Damit sei das ursprüngliche Ziel der Afghanistan-Mission erfüllt. So einfach sollte Biden aber nicht davonkommen. An die 18.000 zivile US-Söldner und Geheimdienstler werden dem Vernehmen nach im Land bleiben. Afghanistans Präsident Aschraf Ghani konnte mit diesem Wissen leichten Fußes erklären, dass die US-Entscheidung zum Abzug respektiert werde. Die Streitkräfte gehen, private Söldner bleiben. Der Krieg wird privatisiert. Hintergründe und Motive dieser Entwicklung sind von außen kaum zu überblicken. US-Interessen in Zentralasien an der Grenze zu Rotchina, auch gegenüber Pakistan und Indien sollen offenbar gewahrt werden. Der weltweite Heroinmarkt soll mit eine Rolle spielen. Apropos Rauschgift: Seit dem Ausschalten des Taliban-Regimes 2001 ist die Opiumproduktion in Afghanistan von 350 Tonnen pro Jahr bis 2017 auf 9.000 Tonnen angestiegen. Was ist dort unter dem Schirm der NATO eigentlich noch so alles vor sich gegangen? Jedenfalls konnten die Deutschen wie auch die Bündnispartner nur im Beiboot dem Agieren der USA zuschauen. Interessanterweise haben Franzosen wie Briten den Kriegsschauplatz bereits nach 2014 verlassen.

Halbwegs ehrliche Aufarbeitung

Was lehrt uns das? Welche Schlussfolgerungen sollte unsere politische Führung für künftige Auslandseinsätze ziehen? Zu fordern ist eine halbwegs ehrliche Aufarbeitung des bald 20-jährigen Einsatzes. Von zentraler Bedeutung ist, dass künftig ohne weitreichende Strategie mit klaren Zielen keine Einsätze stattfinden dürfen. Hierzu gehört das Festlegen von Bedingungen, unter denen Auslandseinsätze zu beenden sind (Exit-Strategie). Auch müssen dem Militär die erforderliche militärische Ausrüstung wie auch die notwendige Operationsfreiheit zugestanden werden (robustes Mandat). Wenn sich - wie in Afghanistan geschehen - die Politik lange Jahre weigert, Artillerie und Panzer einsetzen zu lassen, wird das mit Soldatenblut bezahlt. Auf die Notwendigkeit bewaffneter Drohnen muss an dieser Stelle nicht erneut hingewiesen werden. Die Regierungspartei SPD verhindert nach wie vor deren Einsatz. Die zuständigen Generale dürfen sich diesbezüglich auch gerne mal mit Forderungen an die Öffentlichkeit wagen. Den Primat der Politik greift niemand deshalb an, weil aus militär-sachlichen Gründen konkrete Forderungen gestellt werden. Mutlosigkeit und Bedenkträgerei kosten Soldatenleben.

Die Afghanistan-Mission scheiterte aber auch, weil das Militär allein gelassen wurde. Wer „vernetztes Sicherheit“ propagiert, muss das Notwendige dafür tun, dass zivile Organisationen mit den Streitkräften partnerschaftlich zusammenwirken. Zivile Polizeikräfte im zugesagten Umfang gehören auch dazu. Deutschland hat seine Zusagen hierfür bei weitem nicht eingehalten. Im Kern ist die Erkenntnis zu beherzigen, dass Militäreinsätze ohne Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zum Scheitern verurteilt sind. Gewehrläufe können zwar militärische Konflikte beenden, nicht aber Länder befrieden. Gegen die Bevölkerung ist mit noch so viel Geld, Militär und den edelsten Motiven kein Krieg zu gewinnen. Dann sterben Soldaten und noch mehr Zivilisten vergeblich!

Zur Aufarbeitung gehört nicht zuletzt auch, der 59 Toten zu gedenken, die getreu ihrem Fahneneid für das Vaterland ihr Leben eingesetzt und verloren haben. Das macht unsere Republik mit einem Ehrenmal hinter den Mauern des Verteidigungsministeriums. Oder mit dem Wald der Erinnerung in der Henning-von-Tresckow-Kaserne bei Potsdam. Jedoch nicht vor dem Reichstag, wo die Gedenkstätte für die Gefallenen einer angeblichen „Parlamentsarmee“ eigentlich hingehört. Die Frage „gefallen wofür?“ ist Angelegenheit der ganzen Gesellschaft.

In Treue fest!



Richard Drexl
Oberst a.D.